

Halbesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 154.

für Anhalt, und Thüringen.

Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Magdeburg 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die halbesche Zeitung erscheint wöchentlich ausser an Feiertagen und an den Tagen der Wahlen. Der Abdruck von Anzeigen ist in jeder Hinsicht gestattet. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Druckarbeiten übernehme ich allein. Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle a. S., Markt 10. Telefon 1100. Postfach 100. Verleger: Dr. Hermann Schulze, Halle a. S., Markt 10. Telefon 1100. Postfach 100.

Zweite Ausgabe

Abzugsgebühren für die halbesche Zeitung oder deren Inhalt für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. - Reflektion an Schrift bei abholendem Zeitungsbesitzer 10 Pfennig. Abzugsgebühren für die halbesche Zeitung oder deren Inhalt für den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. - Reflektion an Schrift bei abholendem Zeitungsbesitzer 10 Pfennig. Abzugsgebühren für die halbesche Zeitung oder deren Inhalt für den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. - Reflektion an Schrift bei abholendem Zeitungsbesitzer 10 Pfennig.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109. Telephonnummer 8110. Geschäftsleitung: Dr. Hermann Schulze, Halle (Saale).

Mittwoch, 1. April 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amtlich Nr. 6230. Druck und Verlag von Otto Schulze, Halle (Saale).

Capri-Spuk.

1. Das Einfuhrschneidest für Getreide ist wegen der dauernden, von der Preisgestaltung des Getreides unabhängigen Verteuerung des inländischen Getreidepreises um den Betrag des Zolles und mit Rücksicht darauf, daß die Belastung durch Abwälzung auf den Arbeitshilfen in den Breiten der Stoff- und Halbfabrikate progressiv bis zu den Fertigstellungsstellen der Fertigfabrikate wächst, in Wegfall zu bringen.

2. Die jetzigen Minimalvertragszölle für Getreide sind aufzuheben und es sind irgendwelche Minimal- und Maximalzölle weder für die Erzeugnisse der Landwirtschaft noch für Industrieprodukte aufzustellen.

3. Gegen die Stellung der Reichsregierung und gegenüber den Ansprüchen der Landwirtschaft auf weitere, landwirtschaftliche Zölle erwartet die Industrie, daß die Agrarzölle im Falle der Zollvereinbarung aufzuheben sind, die Industrie gegenüber dem Auslande nicht durch hohe Lebensmittelpreise unnötig erschwert wird, und es verlangt ferner, daß die Agrarzölle zu Kompensationsobjekten bei Handelsverträgen gebraucht werden.

4. Die Fertigindustrie, insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie, hält ihre Stellung in dieser Beziehung für vollständig mit derjenigen der Roh- und Halbfabrikatindustrie, insbesondere der Großindustrie. Sie hält es deshalb für notwendig, daß die Roh- und Halbfabrikatindustrie mit der Fertigindustrie geschlossen gegen die zoll- und handelspolitischen Ansprüche der Landwirtschaft auftritt. Gegenüber innerhalb der Roh- und Halbfabrikatindustrie einerseits und der Fertigindustrie andererseits über das Maß ihres inländischen Zollschutzes können innerhalb der Industrien ausgehandelt werden.

Nicht wahr, hier ist irgend eine Resolution aus der Caprizzeit ausgetreten? In Wahrheit handelt es sich um Verträge, die neuerdings auf einer Verammlung des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller zu Frankfurt a. M. Dr. Dietrich der Vorsitzende der Handelskammer in Braunschweig, verhandelt hat. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein solcher Caprizspuk im Jahre des Heils 1914 überhaupt noch möglich ist und daß, wenn nun schon ein einziger seit den Jahren der Caprizschen Forderungen nichts gelernt hat, er gleichwohl Gelegenheit finde, seine abgelebte Weisheit in einem größeren Industriellenverband an den Mann zu bringen. Daß dieser vogelähnliche Capri redivivus das Wesen unserer Einfuhrzölle noch immer nicht verstanden hat, sei nur nebenbei erwähnt. Es sei hier auch bald abgelesen, daß die Einfuhrzölle Dr. Dietrich doch schließlich nicht in der Lage ist, über den schmerzhaften Gegensatz der Willen der beiden Faktoren der Reichsgesetzgebung zur Tagesordnung überzugehen. Es soll hier, ohne die Vertrieben, das Können und den Ehrgeiz des Dr. Dietrich irgendwie zu überschätzen, dem schlichten Bedauern darüber Ausdruck gegeben werden, daß ein Angehöriger einer Handelskammer aus der Vater unheimlicher Zeit Vorlesung hervorbringt, die vielleicht nicht in ihrer Absicht, wohl aber in ihrer Wirkung darauf hinauslaufen, große Teile der Industrie zu isolieren und damit ihre berechtigten Interessen unter den Schlitzen zu bringen. Der deutsche Handelsrat hat eben erst die Klagen über die unzureichende Vertretung der Industrie im Reichstago erneuert. Würde je das Rezept des Dr. Dietrich in die Praxis umgesetzt, so wäre der unansehnliche „Erfolg“ nur ein weiterer Rückgang des im Aufbau zu verbleibenden industriellen Einflusses. Bei dem behauerlichen Gegenstand zwischen den Industriellen und einem starken Teil ihrer Arbeiterschaft wird ja die Industrie immer nur dann eine größere Zahl ihrer Vertreter zu dem Titel Dr. M. aufrufen finden, wenn sie in bürgerlichen Kreisen Bundesgenossen findet, die selbst über die nötige Stimmenzahl verfügen und bereit sind, den eigenen Einfluß zur Wahrung und Wehrung auch industrieller Belangen zu setzen in die Waagschale zu werfen. Darum ist ja das sog. Kartell der schaffenden Stände der Industrie wie auf den Leib geschnitten und dieses Bündnis ist hoffentlich fest genug, gewisse Industrien lächelnd ertragen zu können. Gegenstände können in der Tat ausgehandelt werden, aber nicht nur zwischen einzelnen Industriellen, sondern ebenso zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Und geht du nicht willig, so brauch ich Gewalt. — Auf diese Melodie stimmt Dr. Dietrich seinen 5. Vortrag an: Sollte die Roh- und Halbfabrikatindustrie sich weigern, mit der Fertigindustrie gemeinam gegen die Ansprüche der Landwirtschaft zusammenzugehen, so würde die Fertigindustrie auf ihrem eigenen Bedauern in eine scharfe Kampfstellung gegen die Roh- und Halbfabrikatindustrie gedrängt werden, und müßte versuchen, ihre zoll- und handelspolitischen Interessen allein zu verfolgen.

Recht nur noch der verhörende Schlußsatz: Sollte auf die Dietrichschen Ge-

denken überhaupt niemand eingehen, so wird Dr. Dietrich zu eigenen Bedauern in Kampf gegen das ganze Deutsche Reich allein verbleiben.

Deutsches Reich.

Auffklärung über einen Soldaten Selbstmord.

Unter der sentimentalischen Überschrift „Eine Kameradentragödie“ gibt das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Nachricht von dem Selbstmord eines Infanteristen in Gumbinnen (Sonabend-Nummer). Zugleich veröffentlicht es den Widrigkeitsbrief dieses Bedauernskameraden. Der Brief verrät eine überempfindliche, nervöse, unruhig-schwächliche Natur, die den natürlichen Sorgen und Kummer des Soldaten wenig Widerstand entgegenzusetzen vermag. Traß dem wagte er der „Vorwärts“ für diesen beklagenswerten Selbstmord das „System des Militarismus“ verantwortlich zu machen. Daß der junge Soldat aber tatsächlich in besonderer Weise veranlagt war, ergibt sich aus den jetzt bekannt gewordenen Tatsachen. Wie die „Freihilfs-Litauische Zeitung“ in Gumbinnen von maßgebender Seite erfährt, gab der eigene Onkel des Toten unangeordnet an, daß dieser schon vor seiner Dienstzeit Andeutungen gemacht habe, daß er es mit dem Leben nicht nehme. Er äußerte dem Onkel gegenüber auch, wenn es ihm nicht mehr wisse, sei ja bald eine Kugel zu haben. Zu Weihnachten war er bei seinem Onkel auf Urlaub. Auf dessen Frage, wie es ihm beim Militär gefalle, sagte er, daß er es mit seinen Vorgesetzten gut getroffen habe, wenn auch der Dienst manchmal schwer sei. Aber es werde schon gehen. Dem Onkel mißfiel an seinem Neffen besonders, daß er während des Urlaubs nie zur Kirche gehen wollte, vielmehr oft den Gottesdienst verließ. Im übrigen war der Soldat von schlechter Körperbeschaffenheit und wurde deswegen ähert gescholten. Die Soldaten gaben an, daß sie selbst und auch der Verlobte von ihrem Kameradenverstorbenen und dem Getreiten richtig behandelt worden seien. Der Soldat war ein stiller Mann und suchte wenig Anschluss an seine Kameraden. Aber er war so beliebt, daß sein Hauptmann ihn schon jetzt als Kameradenfreunde für den nächsten Herbst in Aussicht genommen hatte. Er hat nie zu einem Tadel Veranlassung gegeben.

Sozialdemokratischen.

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ aus Neudorf i. S. gemeldet wird, ist der Führer der dortigen Sozialdemokratie, Stadtverordnetenvereiner Wagner, von seinem Amte als Stadtverordneter und sämtlichen Parteien zurückgetreten. Der Grund liegt in der Unmöglichkeit, die in der Stadtverwaltung durch den von einem sozialdemokratischen Hauptarbeiter beabsichtigten Hausmädchen im vorigen Sommer angestregt wurde und mit der rechtskräftigen Beurteilung Wagners endete, dergestalt, daß er wegen Widerwilligkeit seiner durch das Urteil festgestellten Verbindlichkeit sich den öffentlichen Auftrags nicht leisten, während die beteiligte vierjährige der Anwesenheit anheimfiel.

Keinere politische Nachrichten.

* Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Generalen D. Treutler. Nachmittags machten der Kaiser und das Gefolge einen Ausflug in Automobilen vom Schloß nach Kloster Palaeo-Stratigra.

* Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen haben in einem von der Regierung gestellten Salonwagen die Reise nach Santiago de Chile angetreten. Die chilenische Regierung hat den Kommandanten des Schiffes und den General Almirante zu Adjutanten des Prinzen Heinrich von Preußen bestimmt. Diese werden sich mit der offiziellen Kommission, die sich aus Vertretern des Präsidenten der Republik und zwanig deutschen und chilenischen Persönlichkeiten zusammensetzt, in die argentinische Grenze begeben, um den Prinzen und sein Gefolge zu empfangen.

* Zum Ausfischen. Dr. A. Körner aus dem Auswärtigen Amt, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, indem dem Direktor der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt Briefchen geschrieben hat, in dem er, bei dem 1. April aus seinem Amte scheidet, einen Artikel, an dessen Schluß es heißt: „Mein Eintritt in den Ruhestand wird G. Körner, der nach eigenem Wunsch sich aus der amtlichen Tätigkeit zurückzieht, von vielen Sympathisanten begleitet, die er sich während seiner langen arbeitsreichen Laufbahn erworben hat. Im Auswärtigen Amt, besonders in der handelspolitischen Abteilung, bleibt ihm ein ehrendes Gedenken bewahrt.“ Der Kaiser hat Herrn v. Körner bei seinem Scheiden durch Beschaffung der künftigen Strome zum Hohen Altordecker durch seine Stelle ausgeschieden.

* Auszeichnung. Dem Geheimen Marinebaurat und Maschinenbauinspektor A. D. Schön von Jastri, bisher an der Werk in Kiel, ist der Königl. Kronenorden zweiter Klasse verliehen worden.

* Die zweite künftige Kammer sprach sich bei der Schlussberatung des Staatskapitals „Zentralische Angelegenheiten“ in namentlicher Abstimmung mit 65 gegen 21 Stimmen für den Neubau einer Zentralischen Hochschule in Leipzig und somit endgültig für die Verlegung der Zentralischen Hochschule von Breslau nach Leipzig. Der Gesamtbaukosten des Neubaus sind auf 4 082 000 Mk. veranschlagt.

* Die erste heftige Kammer nahm die Regierungsvorlagen betreffend den Voranschlag der Staats-Einnahmen und Ausgaben und den Entwurf eines Finanzgesetzes für das Staatsjahr

1914 an, ferner in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer einen Antrag, in welchem die Regierung ersucht wird, den Landeshilfen eine Gesehwolage zugehen zu lassen, durch welche die Gesehwolde vom 20. April 1875 und vom 1. Juni 1895 betreffend die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen inlösen geändert werden, als ihnen eine weitere Zölle in religiöser, charitativ und sozialer Richtung ermöglicht wird. Darauf verzichtete sich die Erste Kammer auf unbestimmte Zeit. — Die Zweite Kammer hat sich bis Ende Mai vertagt.

* Der Finanzausschuß der hiesigen Kammer der Abgeordneten beendete die Beratung über den Aufbau der Reichs-Einkünfte. Sie nahm das Regierungsvorhaben betreffend diesen Aufbau an. Es sollen 6 Millionen als erste Rate in das außerordentliche Budget und 165 000 Mk. für Beratung und Tilgung ins ordentliche Budget eingestellt werden.

* Der Reichsverband der Vereine national-liberaler Jugend teilt mit: Im Bericht der „Politik“, G. G. über die Frühjahrs-Sitzung des Zentralausschusses ist ein Beschlus angeführt, der die Einleitung von Schritten zur Auflösung sowohl des liberalen als des jugendliberalen Reichsverbandes fordert. Der Bericht sagt nicht, daß in der Diskussion von national-liberaler Seite eine prinzipielle Genehmigung zur Auflösung nicht zu erkennen war. Auch gab der Vorsitzende des Reichsverbandes der Vereine der national-liberaler Jugend, Dr. A. Kaufmann, folgende Erklärung ab, die nicht unbekannt bleiben darf:

„Der Antrag Wassermann und Genossen geht von falschen Voraussetzungen aus. Der national-liberaler Reichsverband verlor den Zweckprogramm auf die national-liberaler Partei einzuwirken. Der Reichsverband der Vereine der national-liberaler Jugend aber verfolgt solchen Zweck nicht. Er gilt nur der Heranziehung der Jugend zu den Reichen der national-liberaler Partei. Der national-liberaler Reichsverband wird ferner in wesentlichen nicht öffentlich, während der Reichsverband der Vereine der national-liberaler Jugend immer keine Tätigkeit der Gesamtpartei offen bargelegt hat. Der Antrag Wassermann und Genossen führt aber ganz unangehörbare Punkte auf einen Vorrat zu bringen. Mein Freund mußte mich doch erklären, daß die Verhältnisse der Reichsverband der Vereine der national-liberaler Jugend in der Partei für nicht geeignet erachtet und ihn daher ablehnen.“

* Politische Auffassung einer Verammlung des „Komitee konfessionelles“. Eine Verammlung des „Komitee konfessionelles“, die am Sonntag abend in Bochum abgehalten wurde und von mehreren tausend Personen, hauptsächlich Angehörigen der Christen-Ausschreitbewegung, besucht war, beschloß, die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, unter stürmischen Zwischenfällen der Auflösung. Als Rith Jannasch (Berlin) das Wort ergriff und in scharfer Gegenrichtung zur Kirche das Programm der Konfessionslosen erörterte, wurde er von den Anwesenden durch die Versammlung unterbrochen, die sich schließlich zu einem so starken Tumult steigerten, daß der überaus heftige Beschlus wurde die Verammlung aufzulösen. Die Menge verließ darauf unter Abklingung von Hieben und nationalen Gesängen das Verammlungsort.

* Die Kaiserzeit „Hohenzollern“ ist gestern im Hofen von Benedikt wieder eingeflossen.

Aus den beiden englischen Häusern.

Das Memorandum über Oberhaus.
Lord Curzon sprach über den Widerspruch in den Darstellungen, die Morley und Churchill über das Verhalten der Regierung bei der Herausgabe des Memorandums gegeben hatten, und meinte, das Memorandum solle die Politik der Regierung dar und nur, als unter den Ministerialen ein Aufbruch ausbrach, wären die beiden Paragraphe über Vord geworfen und Kriegsminister Selch hätte zurücktreten müssen. Curzon gab der Hoffnung Ausdruck, daß Morley bleibe. Er billigte das Verhalten Selchs bei der Übernahme des Kriegsministeriums. Er sagte, daß Selch ein offener und fähiger Schrift des Premierministers. Die Übernahme des Kriegsministeriums durch Selch würde vorteilhaft für den Staat sein, weil er der Atmosphäre des Geheimnisses und der Anstößigkeit ein Ende machen würde, die jenseit dort geherrscht habe. Selch würde die Sache legen, die er nicht beifolgt hätte. Er führte aus, daß die erste Demission Selchs deswegen erfolgte, weil er dem Memorandum zwei Paragraphe beigefügt habe, und daß er selbst, Morley, an der Verantwortung Selchs, da er ihm beide Paragraphe beigefügt, Anteil habe. Wenn, so sagte Morley, die Demission Selchs von Selch angenommen worden wäre, so würde meine eigene Demission gefolgt sein, da ich an diesen Unregelmäßigkeiten einen Anteil gehabt habe. Selch hat nun zum zweiten Male seine Demission eingereicht, damit es nicht scheine, als ob irgend ein Minister der Krone sich in einen Handel eingelassen hätte. Die wesentliche Tatsache ist die, daß, als ich Selch seine Demission anbot, Selch sich nicht davon abließ, daß Selch seinen Anteil und durchaus nicht haben unterließ, daß darin irgend ein Versuch gemacht wurde, der Regierung Bedingungen vorzuschreiben. Selch spricht mich aus und ist sich von der Teilnahme daran frei, daß das Dokument als Antwort auf Goughs Schreiben abgehandelt wurde.

Ein neuer Zwischenfall im Unterhaus.
Gestern nachmittag entstand hinsichtlich der jüngsten Befehle des Königs an den General Gough ein neuer Zwischenfall. Vorgetrieben hatte Gough die Befehle, die dem Könige nicht dem Kabinett, sondern nur dem Premierminister Selch unterbreitet worden, welcher unter Berücksichtigung der Wünsche des Kabinetts das Dokument abänderte. Heute berichtete Churchill seine Erklärung dahin, die Befehle seien dem Kabinett unterbreitet worden, das sofort damit nicht einverstanden gewesen sei. Churchill erklärte, er sei häufig während der Beratung des Kabinetts aus dem Sitzungssaal herausgerufen worden. Schließlich habe er gesehen, wie Selch einige Paragraphe ausrichtete und

